



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. November 2002 (14.11)
(OR. fr)**

CONV 392/02

CONTRIB 137

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Beitrag der SPE-Mitglieder des Konvents
"Prioritäten für Europa"**

Der Vorsitzende des Konvents hat von den der Sozialdemokratischen Partei Europas angehörenden Mitgliedern des Konvents den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag ¹ erhalten.

¹ Die 11 Sprachfassungen wurden uns übermittelt und werden auf der Website des Konvents so bald wie möglich verfügbar sein.

Prioritäten für Europa

Die Sozialdemokratische Partei Europas im Konvent über die Zukunft Europas

3. Oktober 2002

Ein Drittel der Mitglieder des Konvents sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas. Sie vertreten die EU, ihre Mitgliedstaaten oder die Kandidatenländer. Dieses Positionspapier – das zu Beginn der Feinarbeit an den Empfehlungen für eine neue europäische Verfassung erscheint – beschreibt ihre Vision eines Europas mit einer starken sozialen Dimension und einer weiter ausgebauten Demokratie.

Im Zuge des Fortschreitens der Arbeit im Konvent werden weitere Papiere erarbeitet, die verschiedene Aspekte der Debatte über die Zukunft Europas näher beleuchten. Ein endgültiges Positionspapier wird dann vor Abschluss des Konvents im Juni 2003 veröffentlicht.

Eine Europäische Union für alle

Wir Europäischen Sozialdemokraten wollen eine europäische Demokratie aufbauen - ein Europa für Bürger. Grundlage soll die doppelte Legitimität durch die Mitgliedstaaten und die Bürger Europas sein, untermauert durch unsere gemeinsamen europäischen Werte. Diese Werte sind in der Europäischen Charta der Grundrechte festgeschrieben; ihre inhaltliche Ausgestaltung finden sie im europäischen Sozialmodell, das den Ausgleich zwischen Wettbewerb und Solidarität herbeiführt; und sie gründen sich auf die Prinzipien der Gleichheit und der Achtung von Minderheiten.

Der Aufbau einer demokratischeren, offeneren und effizienteren Europäischen Union erfordert eine Reform der jetzigen EU-Strukturen. Die stärkere demokratische Legitimität, die eine Voraussetzung für die weitere europäische Integration ist, benötigt erheblich mehr Transparenz und Kontrolle im europäischen Entscheidungsprozess. Daher muss eine Reform durch große Anstrengungen flankiert werden, die darauf gerichtet sind, das Verständnis der Öffentlichkeit für die Europäische Union und den aus ihr erwachsenden Nutzen zu fördern. Wir müssen die Menschen ermutigen, sich in der Politik zu engagieren und wir müssen den Leuten das geben, was sie brauchen und wollen.

Europa darf kein obskures Projekt für Technokraten und politische Eliten werden, vielmehr muss es jeden einzelnen Bürger der Union einbeziehen, unabhängig von seiner Lebenssituation. Europa braucht Horizonte, die sich über rein wirtschaftliche Fragen hinaus erstrecken. Seine politischen Ambitionen dürfen nicht vom Wind des freien Marktes hinweg geblasen werden.

Eine gestärkte Demokratie auf Gemeinschaftsebene wird auch zur Stärkung der Demokratie auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene beitragen.

Auf allen diesen Ebenen sehen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas im Konvent über die Zukunft Europas Gemeinschaften, die durch Wettbewerb belebt, durch Zusammenarbeit gestärkt und durch Solidarität geeint werden.

Der Rahmen der Reform

Die Arbeitsweise der EU verwirrt die Menschen. Wir haben vier Verträge mit mehr als tausend Artikeln und zahlreichen Protokollen – und wir haben zwei verschiedene Einheiten, die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union.

Um dieser Verwirrung ein Ende zu setzen und den Eindruck zu vermeiden, Europa sei nicht offen genug, brauchen wir eine Vereinfachung und Neuordnung der Verträge.

Wir benötigen daher zwei neue Texte: einen, der die grundlegenden Prinzipien der Union und ihre Verfassung enthält und einen zweiten, der die Zuständigkeiten in einzelnen Politikbereichen festlegt.

Die künftige Europäische Verfassung definiert den Charakter der Union einschließlich ihrer Ziele und Aufgaben, ihre Befugnisse und Einrichtungen und Organe sowie die Rechte ihrer Bürger. Ferner regelt die Verfassung die Beziehungen zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten und deren regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie ihren Nachbarländern. Festgelegt werden darin überdies die Finanzierung der Union sowie das Verfahren für Verfassungsänderungen.

Ein Bestandteil der Verfassung muss die Charta der Grundrechte sein, die den Bürgern die Achtung ihrer Rechte auch auf Unionsebene garantiert. Darüber hinaus werden darin die sozialen Grundsätze und Werte zusammengefasst, die der Arbeit der Union zugrunde liegen sollen. Mit der Aufnahme der Charta erhalten die Bürger zusätzliche Rechte, ohne dass die Befugnisse der Union erweitert würden. Die EU muss ebenfalls der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte beitreten.

Die Aufteilung der Politik in drei so genannte „Pfeiler“ ist eine weitere Besonderheit der EU, die weltweit schwer verständlich ist. Darum müssen diese „Pfeiler“ abgeschafft werden, sobald die Union zu einem einheitlichen Rechtssubjekt umgewandelt wird.

Wir wollen eine verstärkte Integration der Mitgliedstaaten fördern und streben einen einheitlichen institutionellen Rahmen für die Union an. Aber wir wollen gleichzeitig auch die besondere Art der Machtausübung in Europa bewahren, die in bestimmten Fällen auf Gemeinschaftsebene und in anderen als Ergebnis einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Koordinierung erfolgt. Innerhalb eines solchen Systems werden wir für verschiedene Politikbereiche unterschiedliche Arbeitsmethoden sowie spezielle Lösungen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik benötigen.

Die reformierte Union sollte die wesentlichen Vertragsbestimmungen bezüglich ihrer Beziehungen zu den Mitgliedstaaten beibehalten – beispielsweise die Bestimmungen, die es einzelnen Mitgliedstaaten untereinander ermöglichen, in bestimmten Politikbereichen die Zusammenarbeit schneller voranzutreiben als die Union insgesamt (die so genannte verstärkte Zusammenarbeit). Eine andere bewahrenswerte Regelung – die auch im Vertrag von Nizza festgeschrieben worden ist – ist das Verfahren für den Umgang mit der Verletzung demokratischer Grundsätze.

Der besondere Charakter der Regionen in extremer Randlage, wie der Azoren, der Kanarischen Inseln und der überseeischen Departements Frankreichs, muss den Schutz der Europäischen Verfassung genießen.

Es wäre angebracht, den Ländern, die an die EU angrenzen, den Beitritt jedoch nicht anstreben, einen neuen Status zu verleihen, um so engere politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen mit ihnen zu knüpfen.

Wenn dieser neue institutionelle Rahmen unsere Werte und Ansprüche widerspiegeln soll, muss er Ausgangspunkt für zahlreiche Veränderungen sein.

Aktualisierung und Stärkung der Ziele der Union

Unser Bestreben zur Aktualisierung und Verstärkung der Ziele der Union lässt sich in vier große Bereiche zusammenfassen:

- FÖRDERUNG der nachhaltigen Entwicklung und des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts;
- ENTWICKLUNG des kulturellen Reichtums Europas;
- SICHERUNG der Rechte und Freiheiten; sowie
- STÄRKUNG der europäischen Identität in der Welt.

Die Förderung der nachhaltigen Entwicklung muss auf der Grundlage von Wachstum, Vollbeschäftigung und einem hohen Niveau der sozialen Sicherheit in einer auf Wettbewerb ausgerichteten, innovativen und dynamischen sozialen Marktwirtschaft erfolgen. Unser Ziel ist die Schaffung einer wissensbasierten Wirtschaft und Informationsgesellschaft. Wir wollen eine Union, die der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie der Verbesserung der Chancen für die Jugend großes Gewicht beimisst, was eine Schlüsselrolle der öffentlichen Dienste, einen umfassenden Umweltschutz sowie die Achtung der Rechte der kommenden Generationen einschließt. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch die Union ist die Solidarität zwischen ihren Bürgern, den Mitgliedstaaten sowie ihren Städten und Regionen mit dem Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken.

Den Reichtum und die Vielfalt der Kulturen in Europa müssen wir schützen, zugleich aber unsere gemeinsamen Werte weiterentwickeln und gemeinsame Verantwortlichkeiten übernehmen, wie sie sich aus den Rechten der Bürgerschaft ergeben.

Dabei ist der Beitrag der verschiedenen kulturellen, sozialen und religiösen Gruppen der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Unser drittes Ziel besteht darin, die Union in einen Raum der Freiheit und der persönlichen Sicherheit zu entwickeln, in dem ein Rechtssystem herrscht, das die Achtung der individuellen Rechte und Freiheiten garantiert.

Auf globaler Ebene muss die Union ihre Identität stärken, unser Sozialmodell propagieren, die negativen Auswirkungen der Globalisierung bekämpfen und für die Sicherheit der europäischen Bürger sorgen. Das erfolgt innerhalb einer Weltordnung, die auf nachfolgenden Grundsätzen basiert:

- Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen sowie internationaler Abkommen
- Frieden und Demokratie
- Achtung der grundlegenden Menschenrechte
- Schutz der Rechte des Kindes
- Gleichstellung von Männern und Frauen
- Recht auf eine gesunde Umwelt
- Beseitigung der Armut und der Ausgrenzung von Menschen
- Förderung des freien und lautereren Wettbewerbs auf den globalen Märkten.

Die Grundsätze

Die Union darf keine zentralisierte Bürokratie werden, die schwerfällig Erlasse herausgibt. Die Beschlüsse und Entscheidungen müssen vielmehr auf der jeweils geeignetsten Entscheidungsebene gefasst werden, d. h. auf lokaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene. Diese Bereiche müssen oftmals eng zusammenarbeiten, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Dabei sollten die Bürger möglichst umfassend an Entscheidungen beteiligt werden, die ihr eigenes Leben betreffen. Dort, wo die EU die angemessene Entscheidungsebene ist, sollte die Gesetzgebung allgemein gehalten werden und sich nicht in Detailregelungen verlieren.

Die dabei zur Anwendung kommenden Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind politische Prinzipien. Die nationalen Parlamente müssen dafür sorgen, dass neue EU-Gesetze vor ihrer Einführung im Hinblick auf diese Prinzipien geprüft werden. Dazu brauchen sie in erster Linie neue Formen für die Überprüfung der Gesetzgebungsvorschläge der Kommission und für ihre Rolle als Kontrollinstanz für die Arbeit ihrer Regierungen im Rat.

Diese Grundsätze sind auch vom Europäischen Gerichtshof zu achten.

Wenn die Union – dem Grundsatz der partizipativen Demokratie folgend – möglichst viele Menschen zu einer Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozess ermuntert, wird sie die Schlüsselrolle anerkennen, die die europäischen Parteien bei der Bildung und Repräsentierung der öffentlichen Meinung spielen. Gleichzeitig sollten Bürger und Organisationen, die bestimmte Interessengruppen vertreten, die Möglichkeit erhalten, ihre Ideen in alle Bereiche der Arbeit der Union einzubringen. Wir müssen Wege finden, diesen Ansichten Gehör zu verschaffen. Ferner sollten auch die Rolle der Gewerkschaften und ihr Recht auf Organisierung auf internationaler Ebene sowie die Rolle der Arbeitgeberorganisationen und anderer Sozialpartner anerkannt und wenn nötig gestärkt werden. Die Zivilgesellschaft sollte das Recht erhalten, zu Gesetzgebungsfragen angehört zu werden.

Bessere Verteilung der Befugnisse

Wirklich wichtig ist eine Definition des Umfangs und des Grades der Entscheidungskompetenzen der Union in den erforderlichen Bereichen, damit Mitgliedstaaten und die Bürger ihre gemeinsamen Ziele verfolgen können. Die Gemeinschaftsmethode der Beschlussfassung, bei der die Institutionen der Union gemeinsam Verantwortung tragen, wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

In der neuen Verfassung sollten daher die ausschließlichen Entscheidungskompetenzen der Union ebenso klar und eindeutig festgelegt werden wie die Bereiche, in denen die Union Befugnisse gemeinsam mit den Mitgliedstaaten wahrnimmt. Auf den übrigen Gebieten, die unter die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten fallen, kann die Europäische Union durch die Verstärkung und Koordinierung der nationalen Politiken unterstützend wirken.

Die Union sollte in der Lage sein, gegebenenfalls als kraftvolle politische Einheit zu agieren, aber sie sollte den Mitgliedstaaten keine unnötige Harmonisierung aufzwingen. Eingedenk dessen befürworten wir folgende Ziele:

- Wir treten für die Förderung und die Verteidigung unseres Sozialmodells ein, das eine enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher und sozialer Koordinierung bedingt. Nur so können wir das wirtschaftliche Potenzial der Union und des Euro zum Erreichen von Vollbeschäftigung, einem hohen Niveau des Sozialschutzes und der gleichen hohen Lebensqualität in allen Regionen der Union erreichen. Dazu brauchen wir wirtschaftliche und soziale Prioritäten für die Union als Ganzes sowie Ziele für die Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik, auf die sich die Mitgliedstaaten verpflichten.
- Die Koordinierung der Politik sollte in den Vertrag aufgenommen werden, denn dieses neue Instrument würde den Mitgliedstaaten die Abstimmung ihrer Politik im Hinblick auf gemeinsame Ziele, Kriterien und Leitlinien ermöglichen, die von Rat und Europäischem Parlament auf Vorschlag der Europäischen Kommission angenommen werden.
- Wir wollen ein Europa, das ein starker und dynamischer Akteur in der internationalen Arena ist und seine Verantwortung bei der Bewältigung der Probleme der Globalisierung wahrnimmt. In der Außen- und Sicherheitspolitik sollte die Notwendigkeit einer einstimmigen Beschlussfassung auf die Annahme neuer europäischer Strategien beschränkt werden. Die Mitgliedstaaten sollten entsprechend diesen Gemeinschaftsstrategien gemeinsam handeln; beim Fehlen einer gemeinsamen EU-Position agieren sie auf nationaler Ebene. Die Möglichkeit einer konstruktiven Stimmenenthaltung sollte beibehalten werden.

- Dem Bereich der Konfliktverhütung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir müssen unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik so gestalten, dass wir gemäß den so genannten Petersberger Aufgaben in der Lage sind, friedenserhaltende Funktionen wahrzunehmen. Dazu benötigen wir einsatzbereite Einheiten für militärisches und ziviles Krisenmanagement, wobei der Truppeneinsatz unter nationaler Kontrolle verbleiben sollte. Für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eine ausreichende parlamentarische Kontrolle erforderlich. In den Bereichen, in denen die Union selbst Entscheidungsbefugnisse besitzt, sollte sie in zunehmendem Maße in internationalen Gremien vertreten sein. Durch eine solche Regelung würde das Recht der Mitgliedstaaten auf eigene Vertretungen in internationalen Organisationen nicht verletzt werden.
- Die Idee von der Europäischen Union als einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts muss mit der Charta der Grundrechte in Einklang gebracht werden. Die Gemeinschaftspolitik sollte in erster Linie in Form von Rahmengesetzgebung festgelegt werden, innerhalb derer die nationalen und regionalen Behörden detaillierte Vorschriften erlassen, die den Bedürfnissen des eigenen Landes am besten entsprechen. Gleichzeitig muss die Union jedoch auch weiterhin in der Lage sein, gemeinschaftliche Rechtsvorschriften anzunehmen, wenn sie zur Lösung grenzüberschreitender Probleme in allen Mitgliedstaaten notwendig sind.

Wenn die Befugnisse der Union sich auf die Schaffung von Rahmengesetzgebung beschränken, sollte der Europäische Gerichtshof auch als Instanz für die Beurteilung von Beschwerden wegen der Überschreitung von Befugnissen durch die Union fungieren können.

Die Union ist geografisch gesehen die größte Freihandelszone der Welt für Waren und Dienstleistungen. Da das reibungslose Funktionieren dieses Marktes von entscheidender Bedeutung ist, sollten die Befugnisse der Kommission hinsichtlich des Wettbewerbs gesichert und, wenn nötig, gestärkt werden. Sind zwar Maßnahmen für ein problemloses Funktionieren des Wettbewerbs gelegentlich erforderlich, doch würde eine vollständige Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung den Grundsatz der Subsidiarität oder der Verhältnismäßigkeit verletzen; jedenfalls sollten die Institutionen nur auf Maßnahmen zurückgreifen können, die ihnen laut Vertrag zur Beseitigung von Marktverzerrungen zur Verfügung stehen.

Eine stärkere Öffnung der Union

Europa muss seine Gesetzgebungsverfahren ändern und sollte dazu zunächst einmal die verwirrenden Begriffe „Verordnung“, „Richtlinie“ usw. durch die Begriffe „Gesetz“ und „Rahmengesetze“ ersetzen.

Während auch zukünftig das alleinige Vorschlagsrecht für neue Rechtsakte bei der Europäischen Kommission liegt, muss dem Europäischen Parlament durch ein einziges, klares Verfahren das volle Mitspracherecht bei der Gesetzgebung eingeräumt werden. Erforderlich ist die Schaffung eines einzigen neuen Rates für Gesetzgebungsangelegenheiten, der öffentlich arbeiten muss.

Ein verschlankter Rat wird dann in Expertengruppen zusammentreten, um die Politik in den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaft, Justiz und innere Angelegenheiten, Soziales und Beschäftigung zu koordinieren. Minister der einzelstaatlichen Regierungen kommen im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ zusammen, um die Tagungen des Europäischen Rates vorzubereiten.

Das Haushaltsverfahren, das entsprechend dem Rechtssetzungsverfahren neu strukturiert werden muss, wird jährlich auf einen Vorschlag der Kommission hin in Gang gesetzt. Dieser Vorschlag umfasst die Ausgaben (unter Aufhebung der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht obligatorischen Ausgaben) sowie die Mittel. Dazu sollten Vereinbarungen zwischen den Institutionen zu Haushaltsfragen in die Verträge aufgenommen werden, ebenso wie der Rahmen, der die Ausgaben unter Kontrolle halten soll – die so genannte „Finanzielle Vorausschau“.

Alle erforderlichen weiterführenden Rechtsakte sowie die Rechtsdurchsetzung und -koordinierung sollten auch weiterhin in den Händen der Europäischen Kommission liegen.

Das Europäische Parlament und der Ministerrat sollten das Recht haben, mit besonderer Mehrheit Durchführungsmaßnahmen der Kommission zur Umsetzung von Beschlüssen zu widerrufen.

Mit dieser vereinfachten Struktur der Organe der EU würden Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter oder Regierungen – Europäische Räte – die Aufgabe haben, die strategischen Prioritäten der Union festzulegen sowie eine besondere und weiter gefasste Rolle in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielen.

Die europäische Judikative stellt die Einhaltung der Gemeinschaftsgesetzgebung durch die Mitgliedstaaten und die europäischen Organe und Einrichtungen sicher und garantiert darüber hinaus allen Bürgern und Einwohnern der Union die Achtung, Verteidigung und Entwicklung ihrer durch die Verfassung und die Verträge verbrieften Rechte.

Effizientere Institutionen

Das Verfahren, nach dem der Ratsvorsitz alle sechs Monate von einem Land auf ein anderes übergeht, muss überprüft werden, da es die Kontinuität der Arbeit des Rates beeinträchtigt. Ein längerer Ratsvorsitz, der eine beständigere Arbeitsweise sicherstellt, sollte Teil einer umfassenderen Regelung sein, die die Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten sowie eine Ausgewogenheit zwischen den Organen insgesamt sichert.

Einstimmigkeit sollte nur bei Rechtsakten erforderlich sein, aus denen sich konstitutionelle Auswirkungen ergeben oder die grundlegende Fragen der nationalen Souveränität berühren. Bei allen anderen Rechtsakten sollte die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erfolgen, wobei eine doppelte Mehrheit erforderlich ist, d. h. hinter dem Beschluss sollten eine Mehrheit der Mitgliedstaaten und eine Mehrheit der Bevölkerung der EU insgesamt stehen. Das wäre das gerechteste und das am einfachsten zu vermittelnde Entscheidungsverfahren auf Gemeinschaftsebene.

Auf der internationalen Bühne müssen die Europäer mit einer Stimme sprechen. Daher sollten wir die verwirrende Doppelarbeit des Hohen Vertreters des Rates für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und des für die Außenpolitik zuständigen Kommissionsmitglieds beenden. Ein neu einzuführender Sprecher der Europäischen Union für die Außenpolitik würde letztendlich dem Europäischen Rat unterstehen.

Die Befugnisse des Kommissionspräsidenten sollten erweitert werden, indem ihm erstens eine größere demokratische Legitimität verliehen wird und er zweitens das Recht erhält, den Kommissionsmitgliedern politische Verantwortungsbereiche zuzuweisen bzw. neu zu verteilen, so dass die Kommission als Gruppe möglichst kompetent handeln wird.

Demokratisierung der Institutionen

Alle Ernennungen von verfassungsmäßiger Bedeutung müssen durch das Europäische Parlament vorgeschlagen und gegebenenfalls bestätigt werden. Das sollte auch für internationale Vereinbarungen gelten.

Das Europäische Parlament muss Kontrolle über die Aktivitäten der Union in den Bereichen Justiz und Inneres ausüben, wobei der Grundsatz zu beachten ist, dass strafrechtliche Fragen in erster Linie im Befugnisbereich der Mitgliedstaaten verbleiben.

Alle Organe der EU haben bei Ernennungen auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern zu achten.

Darüber hinaus muss die Arbeit der Organe der Gemeinschaft auf dem Grundsatz der absoluten Transparenz aufbauen. Das Prinzip des Zugangs der Öffentlichkeit zu offiziellen Dokumenten sollte auf alle Einrichtungen und Gremien der Union ausgedehnt werden. Die Verfassung sollte die

Publikationsfreiheit festschreiben und das Recht der Institutionen begrenzen, Informanten bzw. Informationsquellen zu ermitteln.

Das Recht der Bürger auf eine gute Verwaltung muss ebenfalls in die Verfassung aufgenommen werden. Alle Organe und Einrichtungen der EU sollten verpflichtet werden, verbindliche Vorschriften für eine gute Verwaltungspraxis zu erlassen und die Bürger darüber zu informieren, welche Rechte sie gegenüber der jeweiligen Institution besitzen.

Den nationalen Parlamenten ist eine größere Rolle einzuräumen, insbesondere bei der Überprüfung von Beschlüssen auf ihre Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Subsidiarität, ohne dass dadurch neue Institutionen geschaffen werden. In verschiedenen Aspekten der Politik der Union ist eine engere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament erforderlich, um den Mechanismus der demokratischen Kontrolle auszubauen.

Die bedeutsame Rolle der Regionen und regionalen Regierungen bedarf der Unterstützung, indem ihre Befugnisse besser gesichert werden. In diesem Zusammenhang sollte die Union offen sein für Ideen, diese Körperschaften stärker in die Erarbeitung und Umsetzung von Gemeinschaftsvorschriften einzubeziehen.

Abschließend möchten wir betonen, dass ein demokratischeres Europa auch erfordert, dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und den Bürgern Europas bei zukünftigen Änderungen der neuen Europäischen Verfassung Einfluss einzuräumen.
